

Greenpeace warnt: Klimaförderungen gefährdet - Einschnitte für die Wirtschaft!

Greenpeace kritisiert im Januar 2025 die Streichung von Umweltförderungen in Österreich und mahnt zur Reform des Klimabonus.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Greenpeace schlägt Alarm: Die geplante Streichung von Umweltförderungen und dem Klimabonus durch die Regierung könnte gravierende Folgen für den Klimaschutz in Österreich haben. In scharfen Worten kritisiert die Umweltschutzorganisation die Budgetpläne von FPÖ und ÖVP: „Eine gefährliche Vollbremse für den Klimaschutz“, wie Jasmin Duregger, Klima- und Energieexpertin von Greenpeace, erklärt. Diese Maßnahmen würden nicht nur Rückschritte im Kampf gegen den Klimawandel bedeuten, sondern auch zahlreiche Arbeitsplätze in der Sanierungsbranche gefährden. Insbesondere die Förderung von Heizungswechsel und Gebäudesanierungen spielt eine zentrale Rolle für die Unabhängigkeit Österreichs von fossilen Brennstoffen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Der Klimabonus stehe ebenfalls auf der Kippe, was vor allem einkommensschwache Haushalte stark belasten würde, so Duregger weiter. Laut ihr könnte eine Reform des Klimabonus die Energie- und Verkehrswende gerechter gestalten und die finanziellen Lasten verteilen.

Deutsche Subventionen behindern den Wandel

Die Situation in Deutschland ist nicht weniger besorgniserregend. Laut einer aktuellen Studie von Greenpeace

wird jährlich über 16 Milliarden Euro in klimaschädliche Subventionen investiert, während für den klimafreundlichen Umbau lediglich 2,8 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Diese Zahlen legen nahe, dass die Bundesregierung dringend handeln muss, um ihre Verpflichtungen zur Senkung von Treibhausgasen einzuhalten. „Die subventionierten fossilen Energien hemmen den notwendigen Wandel in der Industrie“, so Bastian Neuwirth von Greenpeace. Die Studie fordert einen sofortigen Abbau der klimaschädlichen Subventionen, da dies eine Myriade von Haushaltsmitteln für notwendige Umweltinvestitionen freisetzen könnte—bis zu zehn Milliarden Euro, die effektiv in die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft fließen könnten.

Ein solches Umdenken ist notwendig, da die aktuellen Subventionen hauptsächlich großen Konzernen wie ThyssenKrupp und BASF zugutekommen, während kleine und mittlere Unternehmen sowie einkommensschwache Haushalte in der klimafreundlichen Transformation zurückgelassen werden. Der Ruf nach einer Reform der Subventionen wird immer lauter, um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren und eine nachhaltige wirtschaftliche Zukunft zu sichern, wie auch die Berichte von [ots.at](http://www.ots.at) und presseportal.greenpeace.de aufzeigen.

Details	
Vorfall	Umwelt
Ursache	klimaschädliche Subventionen
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• presseportal.greenpeace.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at